

Betreff: Aw: Fwd: 2019-07-17 - Ihre Schreiben vom 14.07.2019

Von: "Helmut Samjeske" <Heltax@web.de>

Datum: 18.07.2019, 16:22

An: Erasmus <erasmus54@gmx.de>

Seien Sie begrüßt Herr Reul,

wir benötigen keine inhaltslosen Floskeln, sondern fordern von Ihnen die Durchsetzung des vom Grundgesetz vom 23.05.1949 gewährleisteten Schutzes, der im

Art. 4 der Landesverfassungen wie folgt formuliert worden ist:

"Artikel 4 (Fn [2](#))

(1) Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Fassung vom 23. Mai 1949 festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Landesrecht.

Sie, Herr Reul, sind gleichzeitig der "Verfassungsminister", was bedeutet, daß Sie alles auszuführen haben, wodurch der Bewohner des Landes NRW den Schutz der Verfassung genießt.

Sie sind vollziehende Gewalt - und Ihre Mitarbeiter, die anscheinliche Gerichtsvollzieherin Yasmin Schauer und die Polizeibediensteten unterstehen endgültig Ihrer Dienstaufsicht. Es ist deshalb ein Skandal im Falle von massiven Grundrechteverletzungen die wie folgt benannt werden:

Satz 1 der Präambel, Art. 1; 2 Abs. 1 und 2 Satz 1; Art. 3; Art. 4 Abs. 1; Art. 5 Abs. 3 Satz 1 und 2; Art. 6; Art. 7; 12 Abs. 1; 13; 14 Abs. 1; 19 Abs. 1, 2, 4; Art. 20 Abs. 1, 2, 3 und 4 GG u. w.

mich auf irgendwelche "Verfahrenswege" zu verweisen. Wenn Sie die vollziehende Gewalt, der Sie als Dienstvorgesetzter vorstehen, dies in der Stellung des Verfassungsministers nicht dahingehend ausgebildet haben, daß diese das grundgesetzliche Diktat zuvörderst beachten, anzuwenden, durchzusetzen und zu gewährleisten verpflichtet sind, dann haben Sie eine elementare Dienstaufgabe / Dienstpflicht versäumt, mit der Sie höchstpersönlich aus Art. 33 Abs. 2 und Abs. 4 GG beauftragt worden sind.

Sie haben dies eidlich in Art. 53 der Landesverfassung zugesichert!

Grundrechte sind unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte, wozu die "Würde des Menschen unantastbar" zählt! Grundrechte haben unmittelbare Gültigkeit. Übrigens, Gesetze und Verordnungen sind "gültig", nicht "geltend". Da besteht ein enormer Unterschied, denn "gültig" ist nur dasjenige, was gemäß dem Verfassungsdiktat Rechtskraft erlangt hat. "Geltendes Recht" ist subjektiv geprägt!

Deshalb ist es nicht hinzunehmen - und von Ihnen schon gar nicht zu dulden, daß ohne gültige Rechtsgrundlage eine Bewohnerin der Stadt Menden, hier Frau Katharina Blum mit Polizeigewalt geräumt wird, wobei mit in diese Beurteilung einfließt, daß bereits der Legitimationszusammenhang gem. Art. 20 Abs. 2 Satz 1 zu Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG nicht besteht, die zur Räumung verwendeten Gesetze gegen Gültigkeitsvorschriften und Grundrechtsgarantien verstoßen haben und die Polizeibeamten - trotz deren Vereidigung auf die Verfassung - unter Inanspruchnahme grundgesetzwidrigem Gesetzes Unrecht statt Recht schützen.

Sorgen Sie für absolut grundgesetzkonformes Handeln der öffentlich Bediensteten des Landes Nordrhein-Westfalen, Genau das ist Ihre zuvörderste Dienstaufgabe und nicht ein Abwimmeln des Grundrechtsträgers, der sich in höchster Not - es sind elementare Menschenrechteverletzungen - an Sie als obersten Dienstvorgesetzten wendet. Übrigens, der Grundrechtsträger wendet sich in der Stellung als DIENSTHERR, Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG an Sie!

Ihre Aufgabe ist es, die Räumung kraft ministerieller Anweisung sofort rückabzuwickeln, was durchaus eine zunächst vorläufige Maßnahme sein kann. Gesetzliche Grundlage Ihres Dienstbefehls sind Art. 20 Abs. 3 und Art. 1 GG i. V. mit Art. 19 Abs. 4 GG unter Verweis auf die einzelnen Grundrechte, die gegen Frau Katharina Blum mißachtet, verletzt worden sind! Die unmittelbare Wirkung der Grundrechte eröffnen, ja verpflichten den Grundrechtsträger sein Recht originär aus dem einzelnen Grundrecht zu fordern!

Es ist also wie folgt zu verfahren:

1. Sind Frau Katharina Blum und Herr Ralf Spranger unter Polizeischutz zu stellen.
2. Sind die Personen unter 1.) in das Familienheim Fette-Bruch-Straße 12 b, Menden zu verbringen.
3. Dort wurden die Schlösser bereits ausgetauscht, so daß Frau Tatjana Ilic, Hagen aufzufordern ist, die dazu passenden Schlüssel herauszugeben.
4. Ist der vermeintlichen Ersteigerin, Frau Tatja Ilic und deren Ehemann, Hagen mitzuteilen, daß diese ein Annäherungsverbot zu dieser Immobilie auferlegt bekommen.
Ca. 500 m Abstand zum Haus dürften dem Sicherheitsinteresse der Personen unter 1. genügen.
4. Jeder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist verpflichtet zuerst zu prüfen, ob das ihm zur Verfügung gestellte Gesetz, was dieser zur Anwendung bringen möchte mit dem grundgesetzlichen Diktat in Übereinstimmung steht. Diese Prüfung kommt zu dem Ergebnis, daß folgende Gesetze gegen Art. 123 Abs 1, bzw. Art. 19 Abs. 1 Stzz 2 GG verstoßen: ZPO, ZVG, GVG, GBO, RPflG, GVO! Diese dienen also nicht der Erzeugung eines "Rechtseröffnungstitels"! Nein, Ihre "ANSICHT", "MEINUNG", "AUFFASSUNG" ist unbeachtlich. Es sind FAKTEN, weshalb dieser Vortrag auch nicht die Ansicht etc. des Unterzeichners ist.

Die Ausführungen von Frau Jennifer Erxleben sind weiter die Grundrechte meiner Mandanten verletzend. Das Grundgesetz schafft ja gerade in Art .1 Abs. 1 Satz 2; Art. 1 Abs. 2 und Art. 1 Abs. 3 GG die gewährleistete Unmittelbarkeit - was bildlich gesprochen den sofortigen Löscheinsatz "der Feuerwehr" bedeutet!

Frau Blum ist auch nicht der Auffassung, daß Polizeibeamte ungesetzlich - verfassungswidrig - mit Gewalt gegen sie gehandelt haben. Wo kein gültiges - grundgesetzgeborenes Gesetz zur Verfügung steht, darf Polizei nicht gegen denjenigen Handeln, der genau diesen Mangel einräumt!

Sollten zu dem Vorgang noch Fragen bestehen, dann rufen Sie den Verfahrensbevollmächtigten Helmut Samjeske, Berlin an: Tel. 0172 8600769, denn dieser hat "auf den Punkt" insbesondere mit den Schriftsätzen vom 26.06.2019 und 28.06.2019 die Unzulässigkeit jeder Zwangshandlung gegen Frau Katharina Blum dargelegt, schlüssig und unter Beweis gestellt.

Haben Sie Mut, das grundgesetzliche Diktat durchzusetzen! Auf dieser Ebene wird der Absender Ihnen eine enorme Hilfe sein! Sie nahmen an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes sicherlich teil. Jetzt ist die Stunde des Lakmustestes. Schauen wir mal, ob Sie Ihr Amt ernst nehmen!

Mit grundgesetzlichem Gruß
Helmut Samjeske
Tegeler Weg 25
10589 Berlin
Tel. 030 349 77 10

Helmut Samjeske

Kanzlei für grundrechtebezogene Gesetzesanwendung,

Recht(s)beratung und -vertretung

Tel.: 030 349 77 10

Gesendet: Donnerstag, 18. Juli 2019 um 11:39 Uhr
Von: "Erasmus" <erasmus54@gmx.de>
An: "Helmut Samjeske" <heltax@web.de>
Betreff: Fwd: 2019-07-17 - Ihre Schreiben vom 14.07.2019

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff:2019-07-17 - Ihre Schreiben vom 14.07.2019
Datum:Thu, 18 Jul 2019 09:23:34 +0000
Von:Buergerdialog@im.nrw.de
An:erasmus54@gmx.de

Sehr geehrte Frau Blum,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom 14.07.2019, die den Bürgerdialog des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen erreicht haben. Minister Reul hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Ich bedauere sehr, dass bei Ihnen der geschilderte Eindruck entstanden ist und versichere ich Ihnen, dass seitens des Ministeriums des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen und auch im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten größter Wert auf angemessenes Verhalten im Dienst gelegt wird. Individuelles Verhalten von Polizeibediensteten im Dienst kann in Zuge einer Beschwerdebearbeitung auf Fehlverhalten überprüft werden.

Bitte haben Sie jedoch Verständnis, dass das Ministerium im Wesentlichen für konzeptionelle und steuernde Aufgaben zuständig ist. Gemäß der Rahmenvorgaben zur Bearbeitung von Beschwerden und Eingaben im Bereich der Polizei ist die Polizeibehörde für die Bearbeitung von Beschwerden und Eingaben zuständig, deren Amtswalter betroffen sind. Wenn Sie mit einer Maßnahme der Polizei oder dem Verhalten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht einverstanden sind, so können Sie sich mit einer Beschwerde formlos - schriftlich oder mündlich - an die zuständige Polizeibehörde wenden. Ein Verzeichnis finden Sie hier: <https://polizei.nrw/wachenfinder>. Im Rahmen eines qualifizierten Beschwerdemanagements wird Ihrer Beschwerde nachgegangen und Sie erhalten in jedem Fall eine Rückmeldung.

Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden sind formlose Rechtsbehelfe. Sie sind nicht an Fristen und Formen gebunden und haben keine aufschiebende Wirkung.

Die Beschwerde löst eine Selbstkontrolle der Verwaltung, hier: der Polizei, hinsichtlich der Recht- und Zweckmäßigkeit der angegriffenen Amtshandlung oder des Verhaltens aus.

Die in der Beschwerde enthaltenen Hinweise auf polizeiliche Schwächen sollen identifiziert und als Verbesserungspotenzial genutzt werden.

Zunächst wird geprüft, ob es sich um ein persönliches Fehlverhalten (Dienstaufsichtsbeschwerde) oder um eine Fehlentscheidung (Fachaufsichtsbeschwerde) handelt. Anschließend werden die erforderlichen Schritte zur Klärung des Sachverhaltes eingeleitet.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesen Angaben weitergeholfen zu haben, verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Jennifer Erxleben

Politische Koordination
- Bürgerdialog -
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf
E-Mail: buergerdialog@im.nrw.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Erasmus [<mailto:erasmus54@gmx.de>] Gesendet: Sonntag, 14. Juli 2019 21:22

An: ZF IM Poststelle (IM); poststelle@im-nrw.de-mail.de; poststelle@im.sec.nrw.de

Betreff: DIENSTAUF SICHTSBESCHWERDE sofortige Herausgabe meines Handys EXISTENZGEFÄHRDUNG

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,
Sehr geehrte Polizeibedienstete,

den Termin zu gestern haben Sie verstreichen lassen ohne Reaktion.

Ich verdeutliche es noch einmal, es geht um meine EXISTENZ, um mein Überleben.

Ihre Kollegen haben gravierende Straftaten begangen an mir, haben nicht nur ihre Pflichten verletzt sondern ihnen entgegen gehandelt. Strafanzeige wurde bereits gestellt.

1.Grundrechteverstoß :

Sie haben zugelassen dass eine Frau Jasmin Schauer ohne einen Räumungsbeschluss vorzuweisen (auszuhändigen), ja ohne einen solchen zu besitzen, die Räumung eines noch im laufenden Verfahren befindlichen Wohnhauses, in dem laufende Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt Main Bereich Wirtschaftskriminalität gegen den Betreiber des Verfahrens Deutsche Bank anhängig sind, durchgeführt wurden.

2.Grundrechteverstoß :

Sie haben zu verantworten, dass entgegen des durch die Frau Jasmin Schauer privat selbst hergestellten Auftrages ohne richterliche Unterschrift durch Frau Jasmin Schauer ein weiterer Mieter des Wohnhauses, der vorher den Beteiligten bekannt war, unter Protest aus seiner Wohnung gewiesen wurde ohne dass er in dem Auftrag enthalten war.

3.Grundrechteverstoß

Während des Einbruches der Frau Ilic und Frau Jasmin Schauer und eines mir unbekannten Handwerkers, der die Tat nach Anweisung aus- führte erklärte ich , Frau Katharina Blum, dass ich gerade mit meinem von mir bevollmächtigten Rechtsbeistand telefonieren möchte, durch die Polizei wurde dieses Gespräch mit äusserst brutaler Gewalt gegen mich beendet und das Telefon entrissen.

Das dringende Gespräch mit meinem Anwalt wurde mir verwehrt !

4.Grundrechteverstoß

Der Vorwurf war, ich hätte gefilmt, was völlig haltlos war und ich hätte auch das Recht innerhalb meiner Wohnung alles zu filmen was ich möchte, insbesondere eine öffentliche Amtshandlung bzw wie in diesem Fall einen vollendeten Einbruch.

Ohne vorliegen einer Gefährdung, Flucht- oder Verdunkelungsgefahr war weder das brutale Entreissen noch überhaupt die Wegnahme des Handys gerechtfertigt.

Es erfolgte meine Körperverletzung als Geschädigter Katharina Blum mit Prellungen an Beinen Rumpf Armen Brust und Traumatisierung, am Ende musste ich als Geschädigte nach absperren des Hauses mit dem Fahrrad in die nächste Stadt fahren um eine Notunterkunft zu finden, ohne Telefon ein Ding der Unmöglichkeit.

Auch ein Anruf bei medizinischem Notfall oder Taxi unmöglich.

Einfach nur unmenschlich.

5.Grundrechteverstoß

Es lag keine Anzeige der STA oder eine Straftat vor die dazu berechnigte das Handy einzuziehen.

Es wurde sogar mehrfach angeboten und Appelliert das Handy heraus zu geben weil es EXISTENZIELL LEBENSNOTWENDIG ist.

Gerade wenn man verletzt , mittellos und obdachlos gleich einem Flüchtling mit einigen Taschen dem Fahrrad unterwegs sein muss.

Es wurde von mir angeboten ganz einfach vor Ort zu prüfen oder zu löschen.

Auf dem Handy befinden sich wichtige Adressen von Freunden die hätten helfen können, von öffentlichen Einrichtungen im Notfall, die Daten bei Ämtern und Behörden, aller Schriftverkehr ist ja im geräumten Haus jetzt unter Verschluss.

Weiterhin befinden sich auf dem Handy meine Bezahl Apps sodass ich nicht mehr in der Lage bin meinen Verpflichtungen nach zu kommen, Geld zu überweisen. Denn auch der häusliche Computer ist meinem Zugriff entzogen worden und zu unrecht in die Verfügung der illegalen Ersteigerin Frau Tatjaa Illic und deren Helfer gelangt.

Auch die Krankenkarte befindet sich noch im verschlossenen Wohnhaus und ist der Nutzung entzogen.

Durch die unberechtigte Wegnahme des Handys wurde ich, Katharina Blum bewusst dem bürgerlichen Tod ausgesetzt, kann nichts mehr bezahlen.

Dem wurde von mir bereits mehrfach widersprochen und Privathaftung erklärt.

Drei Tage nach der Räumung traf ich, Frau Blum in Menden den Leiter der Wache Menden Herrn Reinwald , sprach ihn an auf mein Handy und mir wurde erklärt ich könne es bei Herrn Hoffmann in der Wache Menden abholen.

Ich ging den weiten Weg zu Fuß bis zur Wache, dort jedoch gab der Herr Hoffmann mir ein Zettelchen und kritzelte darauf einen "Vernehmungstermin" der willkürlich zweieinhalb Wochen später auf den 22.07.2019 um 10 Uhr gesetzt wurde.

Ich bin fassungslos über die Willkür und Entmenschlichung die hier waltet.

Es wird hiermit der Termin zur Herausgabe meines Handys aus existenziell lebenswichtigen Gründen gefordert

bis Montag den 15.Juni 2019 18:00 Uhr

Das Handy ist dringend herauszugeben. Es ist EXISTENZIELL WICHTIG.

Ich lebe zur Zeit nicht mobil in einer Behelfsunterkunft und benötige mein Handy DRINGENDST !!!

gez. katharina blum